



Europa ist die notwendige Betriebsgröße für die Gestaltung der Welt von morgen

EU-in-BRIEF | Ausgabe 9-2013

Von Günther H. Oettinger

Bei der Mitgliederversammlung des Netzwerks EBD am 1. Juli 2013 fand EU-Kommissar Günther Oettinger deutliche Worte: „Auf Dauer können wir Europa so nicht regieren“, stellte er vor den Delegierten von 238 Mitgliedsorganisationen fest und mahnte Reformen an. Vor allem die Zukunftsfähigkeit Europas sei in Gefahr. „Wenn wir den Anspruch erheben, die Welt von morgen mitgestalten zu wollen, dann ist die Europäische Union die notwendige Betriebsgröße, um auf Augenhöhe mit den USA und China am Verhandlungstisch dabei zu sein.“ EU-in-BRIEF dokumentiert die Grundsatzrede des Energiekommissars.

Kroatiens heutiger EU-Beitritt lädt förmlich zu einem Rückblick ein: Noch vor etwas mehr als 20 Jahren war das Schicksal des Westbalkans ungewiss. Es herrschte Bürgerkrieg in einer alten europäischen Region – dem ehemaligen Jugoslawien. Und dass heute ein weiteres Land des ehemaligen Jugoslawiens Mitglied der Europäischen Union wird, zeigt die Aktualität der Friedensidee: Mancher, der den Zweiten Weltkrieg nur aus dem Geschichtsunterricht kennt, gottseidank, mancher, der glaubt, dass ewiger Friede in Europa garantiert sei, wird mit diesem Beitritt sehen: Es genügt ein kurzer Blick zurück, um zu erkennen: Krieg war Teil Europas! Es gab dort Völkermord, Brudermord, Schwestermord, entlang von gemeinsamen Gebietsgrenzen, aber aufgrund unterschiedlicher Kultur, verschiedener Sprachen, Religionen.

Nur Europa kann hier die Lösung sein: Die Aufnahme aller Menschen, mittel- und

langfristig, die im West-Balkan leben, kann befrieden und versöhnen.

Blicken wir 100 Jahre zurück: Nach Sarajewo, in der Nachbarschaft. Damals entstand der erste große europäische Krieg der Neuzeit in der gleichen Region. Gerade junge Menschen sehen an dem Beispiel des Beitritts Kroatiens und der Versöhnung und Freundschaft mit Slowenien, der Lösung von Grenzstreitigkeiten in einem gemeinsamen Kultur- und Sprachraum: Das ist ein bedeutender Fortschritt, der auch uns erreicht. Vor 20 Jahren hat Deutschland sehr rasch Kroatien anerkannt, während Frankreich eher Serbien nahestand. So wird Geschichte wieder lebendig und gegenwärtig. Europa ist die befriedende Idee.

Alles Gute, Kroatien!

Alles Gute, Kroatien! Wir freuen uns auf Ihre

Mitgliedschaft, wir glauben, dass Sie mit Ehrgeiz, Elan europäisch an diese neue Aufgabe herangehen. Sie haben noch einiges zu stabilisieren. Stichwort Verwaltungsstruktur und handlungsfähige Verwaltung, Qualität eines beruflichen Beamtentums. Sie haben sicher auch noch Sorgen mit Korruption, aber – das sage ich nicht mit Arroganz – sondern ich glaube, dass der Prozess sich jetzt in der Europäischen Union fortsetzen sollte. Ich erwarte gerade für Deutschland wirtschaftliche Wachstumsimpulse daraus. Die Bundesrepublik ist nach Italien der größte Handelspartner Kroatiens. Viele Gastarbeiter kamen aus Kroatien nach Deutschland und sind längst Mitbürger geworden, im deutschen Süden, in Bayern und Baden Württemberg, in ganz Deutschland. Viele Spitzensportler verdienen unsere Bewunderung. Wir haben gerne mit Kroaten in deutschen Teams gekämpft, wenn es um die Europameisterschaft oder Weltmeisterschaft im Fußball, Handball, Basketball oder anderen Sportarten ging. Alles Gute Kroatien!

Ein paar Worte zu Litauen, das heute die Ratspräsidentschaft übernimmt. Ein kleines Land – das größte der baltischen Staaten. Ein herausragender Freiheitskampf damals mit Vytautas Landsbergis an seiner Spitze. Jelzin war nicht so großzügig wie Gorbatschow damals zu Deutschland. Erstaunlich, wenn heute Präsident Putin von der „größten geopolitischen Katastrophe des letzten Jahrhunderts“ spricht – und nicht Hitler und unseren Angriffskrieg und unsere menschenrechtlichen Verbrechen meint, sondern die Preisgabe von Regionen der GUS-Staaten und der alten UdSSR in die Freiheit! Georgien, Moldau, Ukraine, Belarus, Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Aserbaidschan – und eben die baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen. Und wenn jetzt mit Litauen erstmals ein Staat aus der Region dem EU-Rat vorsteht, so ist dies ebenfalls innerhalb von nur wenigen Jahren ein Zeichen einer epochalen Veränderung. Ich bin von der Leistungskraft der litauischen

Regierung nach zahlreichen Gesprächen überzeugt, und von dem europäischen Engagement der Präsidentin Dalia Grybauskaitė sowieso.

Wenn man Europa einmal mit anderen Kontinenten der Welt vergleicht, ist ein erstes positives Element: Auf keinem Kontinent wird über Sprachgrenzen, Kultur- und Staatsgrenzen hinweg so kooperiert wie auf dem europäischen. Ein Beispiel: Die Mauern zwischen Mexiko und den USA werden immer höher, der Maschendraht immer dichter. Von Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit innerhalb der NAFTA, der Freihandelszone zwischen Mexiko, Kanada und den USA, sieht man wenig.

Die EU: politischer Vorreiter ...

Ein anderes Beispiel ist Südamerika: Die besten Zeiten der Kooperation Chiles, Argentiniens, Brasiliens und vieler anderer liegen in der Vergangenheit. Derzeit sind viele dort einzeln erfolgreich unterwegs, aber nicht in der kontinentalen und regionalen Kooperation. Eher Spaltung als Integration auch in Afrika: Die Maghreb-Zone sieht sich nicht als Afrika. Südafrika ist von Zentralafrika getrennt, und die Länder gehen in jeder Hinsicht ihren eigenen Weg. Und Asien? Südkorea, Taiwan, China, Japan, Singapur, Malaysia – von Zusammenarbeit, Infrastruktur, Kooperation, Handel keine Spur. Im Gegenteil: Es verschärft sich der Kampf um Rohstoffe im pazifischen Meer. Mit Grenzstreitigkeiten und mit gefährlichen Manövern der Flotten der Anrainerstaaten.

Europa ist der einzige Kontinent, bei dem Zusammenarbeit über Sprach-, Kultur- und Staatsgrenzen hinweg dauerhafte stabile Formen angenommen hat. Das heißt, wir haben unsere Lehre aus der Geschichte gezogen, wir haben dazu gelernt.

Zum Zweiten: Für die Menschen gibt es viele Vorzüge. Die Freiheit des einzelnen. Die Freizügigkeit zu wirtschaften, zu handeln. Keine Zollschranken, keine Handels-schranken, keine Protektion, immer weniger Korruption – gerade für ein Land, das vom Außenhandel lebt wie Deutschland, ein Land, das Exportüberschuss als Grundlage für sozialen und wirtschaftlichen Erfolg entwickelt hat, ist dieser noch immer größte Binnenmarkt der Welt, mit 500 Millionen Menschen – Verbrauchern, Produzenten, Dienstleistern, Konsumenten – die entscheidende Grundlage. Wir sind stärker als jedes andere europäische Land am Bestand der Europäischen Union, ihres Binnenmarktes und der Währung, die Transformationskosten vermeiden hilft, interessiert.

... und wirtschaftliches Sorgenkind

Umgekehrt: Von den jetzt 28 EU-Mitgliedsstaaten befinden sich mehr als zehn in Rezession, mehr als zehn in anhaltender Stagnation, und eine Minderheit wächst. Deutschland mit unter einem Prozent, Polen ein bisschen mehr. Nichtsdestotrotz bedeutet das: Europa hat sich zum ökonomischen Sorgenkind der Welt entwickelt. Und wenn man – egal ob in Peking oder in Washington – Staats- und Regierungschefs über ihre aktuellen Hauptprobleme sprechen hört: Europa, der Euro, die Eurozone kommen als Grund für Gefährdung immer an erster Stelle vor.

Im Jahr 2000 hatten wir für Europa das Ziel erklärt, innerhalb eines Jahrzehnts zur innovativsten Region der Welt zu werden. 2010 haben wir nicht mal bilanziert, denn die Bilanz, wenn man sie zöge, fiel nicht zufriedenstellend aus. In Europa erklären wir dass 2020 drei Prozent unseres europäischen BIP in die Forschung gehen sollen. Aktuell haben wir weniger als zwei. Und an

Forschungsausgaben und -aufgaben wird eher gekürzt. Das heißt, wir sind von Wettbewerbsfähigkeit weit entfernt.

Auch uns in Deutschland rate ich davon ab, besonders stolz auf unsere gegenwärtige Lage zu sein. Wir waren vor zwölf Jahren der kranke Mann Europas. Wir waren das Sorgenkind. Wir haben durch Reformen erreicht, dass unsere Wirtschaft stabil geworden ist, aber klar ist: unser Nachteil heißt Demographie. In Europa sind die Deutschen die ältesten. Wir sind im Durchschnitt 44 Jahre alt. Die EU-28 haben ein Durchschnittsalter von 40 Jahren, das heißt, die Europäer haben vier Jahre mehr Zeit als wir zu arbeiten, zu wirtschaften, ihre Altersstruktur zu verbessern oder ihre Rentenzusagen zu leisten. Und die türkischen Nachbarn sind im Schnitt 29 Jahre alt. Das heißt: zu Recht sehen deutsche Entscheider der Wirtschaft derzeit in unserer Altersstruktur, die hoffentlich durch längeres Leben andererseits dem Menschen etwas bringt, das größte Problem für stabile Wirtschaft und für Finanzierung unserer öffentlichen Haushalte.

Europa hat dann, so meine ich, zunehmend in den Mitgliedstaaten und in der Frage von Gemeinsamkeit ein Problem. Unter „Wirtschaftsregierung“ verstehen die französischen Partner etwas völlig anderes als die Deutschen. Wir als Europäische Kommission haben mit den länder-spezifischen Empfehlungen eine Aufgabe bekommen, die wir jetzt zum zweiten, zum dritten Mal erfüllen. Doch kaum schreiben wir objektiv, wie die Stärken und Schwächen der Mitgliedstaaten aussehen – Stichwort längere Wochen- und Lebensarbeitszeit, Stichwort Rentenanpassung, Stichwort Absenkung der Staatsquote – schon heulen die betroffenen Regierungen auf. In der Sache kann niemand bestreiten, dass das, was die Kommission an Veränderungs-vorschlägen anmahnt, richtig ist. Aber kaum wird es kritisch, verwahrt man sich gegen

Einmischung. Allerdings: Man kann doch keine Europäische Kommission erwarten, die nur lobt! Und die die Augen verschließt, wenn es schwierig wird. Die Wahrheit ist objektiv.

Kaum wird es kritisch, verwahrt man sich gegen „Einmischung“

Wir erleben in einer wachsenden Zahl von Mitgliedstaaten Entwicklungen in Gesetzgebung und Praxis, die mit unserem Verständnis von Gewaltenteilung, Rechtsstaat und anderem mehr, mit unseren Verfassungsregeln, nur schwer in Einklang zu bringen sind. Und klar ist: Wir haben, auch als Europäische Kommission, breite Möglichkeiten der Kontrolle, bevor ein Land Mitglied wird. Über die 35 Kapitel des Europäischen „Acquis“, des gemeinschaftlichen Besitzstandes der Verträge, prüfen wir sehr streng, ob ein Kandidatenland die Beitrittsvoraussetzungen erfüllt. Kein Land wurde so streng geprüft, wie Kroatien geprüft worden ist, über Jahre hinweg. Ein schwieriger, aber ich glaube richtiger Prozess. Umgekehrt gilt aber auch: Sind Länder einmal Mitgliedstaaten der EU geworden, sind unsere Aufsichtsinstrumente tendenziell zu schwach.

Auf Dauer kann man Europa und seine 500 Millionen Menschen nicht regieren, so, wie wir das derzeit tun. Unsere Governance, unsere Art, Europa demokratisch zu führen, ist auf Dauer mit dem Vertrag von Lissabon nicht ausreichend gelöst. Jetzt sagen manche: „Konvent!“ und mahnen eine rasche Vertragsreform an.

Konvent – ja. Aber nicht sofort

Was scheint mir ein vernünftiger Zeitplan zu sein? Im Mai nächsten Jahres kommt die Europawahl. Das ist Datum Nummer eins. Ich

werbe nicht für irgendeine demokratische Partei, doch macht mir Sorge, dass die demokratischen Parteifamilien insgesamt schwächer werden. Und dass die Europawahl eine Wahl gegen Europa, eine Protestwahl, werden kann. Dazu reicht ein kurzer Blick über den Tellerrand: Le Pen in Frankreich – in Umfragen ziemlich vorn! Hollande ganz unten, aber die Sarkozy-Nachfahren längst nicht als Alternative da. In England kann es sein, dass die Konservativen bei der Europawahl auf Platz vier zurückfallen. Kurzum: Wir laufen Gefahr, dass nicht mehr die großen, demokratischen Parteifamilien, also Sozialisten, Liberale, Grüne und konservative Christdemokraten die klare Mehrheit im Europäischen Parlament stellen. Sondern dass Separatisten, Populisten und national gestimmte Parteien in der Addition zu groß werden und damit die Handlungsfähigkeit, aber auch Autorität des EP abnehmen wird.

Nicht zuletzt deswegen war es richtig, und hoffentlich dann auch in Karlsruhe anerkannt, dass der Deutsche Bundestag vor wenigen Wochen die Drei-Prozent-Hürde für die Wahlen zum Europäischen Parlament beschlossen hat. Damit nicht schon ein Prozent der Wählerstimmen für einen Abgeordneten im Europäischen Parlament reicht und damit die weitere Fragmentierung und Zersplitterung des Europäischen Parlaments vermieden wird.

Nach der Europawahl glaube ich nicht, dass ein Konvent schnell die Lösung bedeuten kann. Warum? Konvent heißt ja Vertragsänderung. Vertragsänderung heißt in Wahrheit Verfassungsänderung. Und glauben wir im Ernst, dass im Augenblick in 28 Mitgliedstaaten auch nur annähernd eine Chance besteht, in den Parlamenten, in den Kammern der nationalen Parlamente oder gar beim Volk Zustimmung zu erreichen? Was schon 2005 in Holland und Frankreich im ersten Anlauf nicht gelang, würde 2015 oder 2016 in der aktuellen Lage unserer

Wirtschaft, unseres Arbeitsmarktes, mit Sicherheit nicht in allen 28 Mitgliedstaaten eine Mehrheit bekommen.

Wer nicht mit dem Kopf durch die Wand will, wer Realist ist und objektiv die Lage betrachtet, muss erkennen: Wir müssen die jetzige Krise durchlaufen auf der Grundlage bestehender Kompetenzanordnungen, auf der Grundlage bestehender Organe, und können dann, in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts, nachdenken, wann, wie und ob eine Reform unseres Vertrags von Lissabon angezeigt ist. Die „Reform jetzt“ ist eine Sache für akademische Veranstaltungen, für Think Tanks. Aber nicht für den Praxistest.

Deswegen halte ich eine ganz klare Zwei-Stufen-Strategie für notwendig: Die nächsten drei, vier Jahre daran zu arbeiten, dass wir Wachstum bekommen, dass wir wettbewerbsfähiger werden, dass der Arbeitsmarkt neue Impulse erhält, dass die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt besser als bisher gelingt. Dass wir generell mehr Akzeptanz für Europa erreichen – weil ja nicht „Europa“ schuld an der jetzigen wirtschaftlichen Lage ist, sondern die Entwicklung in den Mitgliedsstaaten. Erst danach halte ich eine Reform des Vertrages, eine grundlegende neue Kompetenzordnung für zielführend.

Die Ölkännchen waren das i-Tüpfelchen: Kompetenzen neu verteilen

Was schlage ich dabei, ohne in Einzelheiten zu gehen, vor? Mir fällt nach dreieinhalb Jahren in der Europäischen Kommission folgendes auf: Wir kümmern uns um alles – ein bisschen. Um viele Dinge ein bisschen zu viel, um die wichtigen Dinge nicht genügend konsequent.

Übrigens – wenn ich mir die Anfragen und Debatten im Parlament anschau: Der gleiche Fall. Zu allem ein Rapporteur. Zu allem eine Anfrage, zu allem eine Position – und das Gegenteil. Und ich glaube schon, dass sich Europa hier mit seinen Mitgliedsstaaten und Bürgern beraten muss: Was muss wirklich europäisch entschieden werden? Wo ist nur Gemeinsamkeit der richtige Weg? Und umgekehrt – da waren die Ölkännchen in der Gastronomie nur noch ein i-Tüpfelchen für mich! – wo sollten wir einfach gerade in der jetzigen Lage sagen: Hier und dort und dort handeln wir nicht?

Wir legen als Kommission jedes Jahr Prioritätenlisten, Aktionspläne vor. Ich würde mir wünschen, dass eine neue Kommission und ein neues Parlament die Frage besprechen: Worum kümmern wir uns wirklich – und worum kümmern wir uns *nicht*?

Im deutschen Grundgesetz gibt es neben der alleinigen Kompetenz des Bundes zur Gesetzgebung und der alleinigen Kompetenz der Länder zur Gesetzgebung auch die konkurrierende Gesetzgebung. Seit mehr als 60 Jahren steht dies im Grundgesetz. Konkurrierend heißt, der Bund kann zugreifen, wenn er will, und Bundestag und Bundesrat können ein Gesetz beschließen. Aber er muss nicht zugreifen. Der Bund war klug genug in den letzten Jahrzehnten, bei vielen Feldern der Gesetzgebung und Politik nicht zuzugreifen und die Länder machen zu lassen. Die Länder haben aus guten Gründen der kommunalen Selbstverwaltung dem Satzungsrecht den Vorrang eingeräumt – von daher sollten wir auf europäischer Ebene die Frage besprechen: Wo lassen wir die Mitgliedsstaaten in Ruhe? Wo regeln wir nicht – obwohl wir es rechtlich könnten?

Wir haben eine Überregulation auf europäischer Ebene in der Breite und nicht genügend konsequente Regulation dort, wo es wirklich gilt: eine gemeinsame Außen- und

Nachbarschaftspolitik gehört dazu. Man kann es sich nicht erlauben, in Sachen Libyen unterschiedlicher Meinung zu sein. Eine gemeinsame Energiepolitik gehört zwingend dazu, da die Energieinfrastruktur nicht an den Staatsgrenzen Halt macht. Kroatien ist für mich ein Land, das in der Energiefrage starke Pfunde einbringt, und Litauen ein Land, das wichtige, vitale Interessen hat: So wie beide Länder ihre Energiefragen grenzüberschreitend lösen wollen, muss es auch in anderen Mitgliedstaaten, auch in Deutschland, der Fall sein. Das heißt, ich würde gerne in Wahrung der Kompetenzordnung der geltenden Verträge von Lissabon besprechen: Was sind die Schwerpunkte der nächsten fünf Jahre für Kommission und Rat und wo halten wir uns bewusst zurück, damit das Thema Subsidiarität gelebt und von uns federführend verkörpert wird.

Generell ist die Frage ja: Welchen Anspruch erheben wir? Nicht Sie an sich und ich an mich. Welchen Anspruch erheben wir als Gesellschaft? Bei den großen Fragen der Welt – Friedenssicherung, Krieg gegen Diktatoren, für Freiheit und Frieden danach, oder ein Ölboykott gegen Iran, oder eine gemeinsame Haltung zu Syrien oder auch nur ein Standard für das Elektromobil – da muss man erkennen, dass die großen Fragen der Welt nur von Europa gemeinsam mitentschieden werden.

Nur wenn Europa sich jetzt formiert, kann es der Dritte im Bunde sein

Bei allem Respekt vor G 20, G 7, G 8 – die Welt von morgen, die Zukunft unserer Kinder wird von G 2 oder von G 3 bestimmt. Wenn G 2 die Welt regiert, dann werden das die Vereinigten Staaten von Amerika – mit sinkender Bedeutung – und das aufstrebende China sein. Dann werden wir amerikanisch-asiatisch regiert. Wenn G 3 die Welt bestimmt, dann

kann Europa, wenn es sich jetzt formiert, der dritte Partner an dem Verhandlungstisch sein, an dem beraten und entschieden wird. Wenn es um Klimaschutz geht, um Rohstoffsicherung geht, um Frieden und Freiheit geht, Standards und Normen der Wirtschaft geht – dann kann Europa, dann können die EU-28, mit hoher Autorität der Dritte im Bunde sein.

Wenn wir in 15 Jahren antreten, ist es zu spät. Dann werden andere, mit jüngerer Bevölkerung, mit steigender Bevölkerungszahl oder mit Rohstoffen im Boot, wie Eisenerz, Öl, Gold und Gas (aus unseren Böden kommen Weizen, Zuckerrüben und Trollinger – das reicht für einen Stehempfang aus, aber dient nicht der Autorität!) – dann werden andere wie Indonesien, Russland, Brasilien oder Indien der Dritte am Verhandlungstisch sein. Dann bleibt Europa außen vor.

Wenn wir den Anspruch erheben, die Welt von morgen mitgestalten zu wollen, sie ein bisschen nach unserem Menschenbild entwickeln zu wollen, sie europäisch zu formen, dann ist Europa die notwendige Betriebsgröße, um auf Augenhöhe mit den USA und China bei Entscheidungen dabei zu sein. Bei allem Respekt vor Deutschland – wir stellen in wenigen Jahren noch ein Prozent der Weltbevölkerung. Wir haben ja über die Griechen gelacht und sie dafür beschimpft, dass sie an Rentner, die längst gestorben sind, Rente bezahlen. Wie der Zensus ja jetzt gezeigt hat, haben wir in Deutschland an Bürger, die gar nicht mehr dort wohnen, Länderfinanzausgleich bezahlt! Und diese Zahl war höher als die in Griechenland ... so viel zum Thema ordnungsgemäße Buchhaltung und deutsche Arroganz.

Deutschland hat also in wenigen Jahren noch ein Prozent der Weltbevölkerung. Hätten Sie ein Prozent der Aktien der Siemens AG, wären Sie eine reiche Frau oder ein reicher Mann. Bekämen einmal im Jahr die Einladung zur Hauptversammlung in München, den Vortrag des Vorstandsvorsitzenden, danach

die Ausschüttung, wenn's gut läuft, noch Würstchen, Brötchen, Senf und Bier - Punkt. Aber in den Aufsichtsrat reicht das nicht hinein. Da brauchen Sie fünf Prozent und mehr. Das ist wie in der Politik, fünf Prozent.

Wir sollten auch Werte exportieren

Wenn Sie also in den Aufsichtsrat der Welt wollen, in dem über die Grundzüge globaler Politik entschieden wird, dann ist Europa – ökonomisch gesagt – die notwendige Betriebsgröße, um einen Sitz mit Stimme zu erhalten. Wenn wir also nicht nur die bessere Schweiz werden wollen – wirtschaftlich stark aber politisch nicht wahrnehmbar –, dann ist für Deutschland Europa die notwendige Mannschaft. Das Team, in dem unsere Überzeugungen weltweit zu vertreten und auch mit gewissem Einfluss zu erreichen sind.

Ein weiterer Punkt kommt hinzu: Wir sind Export-Weltmeister, exportieren Maschinen, Chemie, Autos. Wir sollten aber nicht nur Produkte exportieren, wir sollten auch Werte exportieren. Das sollte gerade der Anspruch Deutschlands sein, mit den leidvollen und schuldhaften Erfahrungen unserer Kriege und den mühsam erreichten Werten im deutschen Grundgesetz, Werte wie Rechtsstaat, wie Meinungsfreiheit, wie Pressefreiheit, wie Gewaltenteilung, wie soziale Marktwirtschaft, wie Subsidiarität, wie starke kommunale Selbstverwaltung, wie Demokratie generell. Diese Werte in die Welt zu exportieren? Das muss doch unser Auftrag, unser Anspruch sein. Mehr als nur eine ökonomisch erfolgreiche Schweiz zu sein. Und wenn man diese Werte nach Südamerika, nach Afrika, nach Asien, in andere Weltregionen exportieren will und dort mit China, den USA konkurrieren will und zum Beispiel für einen europäischen Datenschutz eintreten will, gerade in diesen Tagen, und sich gegen unverdiente, rechtswidrige, nicht rechtsstaatliche

Abhörmaßnahmen wehren will, dann ist Europa die notwendige Formation. Wenn Europa in Marokko, Kenia, Südafrika 28 Mal auftritt, dann haben wir kein Gewicht. Wenn wir gemeinsam auftreten, dann haben wir große Autorität.

Die Frage ist also: Welchen Anspruch haben wir an die Gestaltung der Welt von morgen? An die Gestaltung unserer Welt hier und an die weit außerhalb? Mein Verständnis von Europa geht weit über EU-28 hinaus. 2011 erlebten wir die große Veränderung, den arabischen Frühling. Haben wir irgendeine Perspektive? Marokko, Algerien, Mauretanien, Libyen, Tunesien, Ägypten. Sind wir irgendwo mehr als nur staunende Beobachter? In diesen Tagen – Kairo? Das ist unser Nachbarhaus! Nicht das Nachbarhaus der USA. Es ist unsere direkte Nachbarschaft.

Haben wir die Kraft dazu, in der Krise mehr als nur die Pflicht zu tun?

Wenn wir vermeiden wollen, dass dort „nur“ die Gefahr des Terrors steigt, dass der Islamismus sich mit den Revolutionären verbindet oder die Chinesen die alleinige Verantwortung übernehmen, dann muss Europa gemeinsam auftreten. Wir waren Kolonialherren und haben willkürlich Grenzen gezogen, die Franzosen, die Portugiesen und die Spanier, die Briten, die Deutschen kamen hinzu. Jetzt müssten wir in Frieden und Nachbarschaft etwas tun, damit die Perspektive im Mittelmeerraum vom Süden nach Norden und umgekehrt entsteht. Haben wir die Kraft dazu, in der Krise mehr als nur die Pflicht zu tun? Blicken wir bitte über den Tellerrand Europas hinaus! Es gibt in unserem direkten Umfeld viel, auch in unserem Interesse, zu tun.

Ein anderes Beispiel aus dem Energiebereich: Ziel des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist es, die vorhin erwähnten

ehemaligen sowjetischen Republiken zurückzuholen, die in die Freiheit entlassen worden sind. Und das nicht mit der Roten Armee – nein, im Frieden! Mit Gasvorräten, mit Gaspipelines und mittels Gaspreis. Was mit der Zollunion und der eurasischen Union als Hülle entwickelt worden ist, ist in Wahrheit eine neue UdSSR. Belarus ist schon drin. Die Ukraine zappelt noch, Georgien ist nicht mehr ganz stabil, Moldau hat ein Angebot bekommen. Diese Staaten hängen zu 100 Prozent von Gas aus Russland ab. Der Gaspreis wird auf das deutsche Niveau gesenkt, wenn Moldau austritt aus der Europäischen Energiegemeinschaft.

Haben wir im Zuge unserer deutschen Energiewende überhaupt den Weitblick dafür, dass Energiewende mehr ist als vor drei Jahren zu plakativ „Kernkraft nein danke!“ gegen „Kernkraft ja bitte!“? Jetzt haben wir uns im Grunde nur noch die Kraft abgerungen, zu besprechen wie viel Photovoltaik im Bayerischen Wald, ohne Sonne, mit Nebel, kosten darf. Was sich in diesen Tagen mit Aserbaidschan und dem südlichen Korridor entwickelt, das hat historische Züge! Deswegen: Wir müssen die Kraft haben, gerade auch in der Krise über den Tellerrand der EU-28 hinauszublicken und etwas für die Entwicklung unserer Nachbarländer im Süden, im Südosten und im Osten zu tun. Das muss der Anspruch Europas in dieser Zeit der Veränderung von Einflussphären sein, wenn man nicht das geschichtliche Glück des Falls der Mauer und der Tatsache, dass Europa Länder sozusagen „zugefallen sind“, weil Moskau praktisch handlungsunfähig war, in irgendeiner Form in Frage stellen oder gar gefährden will.

Ich finde es klug, dass der Europäische Rat letzte Woche nicht nur den Premierminister Kroatiens erstmals im Kreis der Staatschefs begrüßt, sondern auch Serbien eine Beitrittsperspektive gegeben hat: Zagreb aufnehmen, aber Belgrad nicht verprellen. Denn ohne diese Perspektive, die fünf bis zehn Jahre

dauern wird, hätten wir die alte Bruchstelle im Westbalkan wieder geöffnet.

Es ist klug, Serbien eine Perspektive zu bieten

Indem Slowenien und Kroatien Mitglieder der EU sind, Montenegro Beitrittskandidat ist, Serbien und Albanien eine Perspektive bekommen, zeigen wir auf: In Frieden und Freiheit, mit Rechtsstaat und ohne Korruption, mit einer sinnvollen sozialen Marktwirtschaft können die Länder im Südosten Europas der EU beitreten. Dann hätten wir aus 1914 – Sarajewo – und aus den letzten 20 Jahren im und nach dem Bürgerkrieg wirklich gelernt. Dann hätten wir das Fundament für die Friedensunion unserer Kinder und Enkelkinder deutlich stabilisiert. Dabei kommt Deutschland noch immer eine führende Verantwortung zu.

Ich zitiere den Außenminister von Polen, Radosław Sikorski, der vor einem Jahr folgendes gesagt hat: Er sei nicht besorgt, wenn Deutschland Europa führe, weil die stärkste Volkswirtschaft derzeit besondere Aufgaben wahrnehmen müsse. Ihn besorge es, wenn Deutschland zur Führung Europas nicht willens oder nicht in der Lage sei. Das sagt ein Pole, vor der Geschichte des letzten Jahrhunderts – ein markanter Satz!

Deswegen haben wir in den nächsten Jahren besondere Verantwortung für das Gelingen der europäischen Idee, der Vertiefung und der maßvollen Erweiterung. Man kann nur hoffen, dass uns die Kraft dazu nicht abhandenkommt, weder vor der Bundestagswahl noch danach, weder im Deutschen Bundestag, noch in Wirtschaft und Sozialpartnerschaft und auch nicht in den deutschen Medien, denn wir haben leider noch keine europäische Medienöffentlichkeit. Wir haben 24 Sprachen und Sprachgrenzen, wir haben die Leser-Blatt-Bindung lokal, regional, national, und ich glaube, dass

gerade auch den Medien eine besondere Verantwortung zukommt für die Akzeptanz Europas in schwieriger Zeit. Das gilt für Länder, die garantieren und Rettungsschirme aufspannen wie Deutschland, ganz im Besonderen.

A propos Rettungsschirme: Ein Luxemburger haftet übrigens stärker, als ein Deutscher in Haftung steht! Man haftet ja nach dem eigenen Bruttosozialprodukt. Jeder Luxemburger damit hat mehr Risiken, die er garantiert, als wir; jeder Österreicher, jeder Niederländer ebenso. Die Deutschen zusammen haften stärker, die individuelle

Haftung des Einzelnen ist mittelmäßig hoch, aber unser Geschrei ist deutlich lauter als in Luxemburg, Den Haag oder Wien. Deshalb appelliere ich klar an unsere europäische Gemeinsamkeit! Und ich danke EBD-Präsident Rainer Wend und den in Ehrenamt und Hauptberuf Arbeitenden für ihren Einsatz, für die europäische Idee zu werben, parteiübergreifend, gruppenübergreifend, bei Gewerkschaften, Arbeitgebern Kultur, Wirtschaft, Medien. Ich wünsche dem EBD-Vorstand viel Erfolg in den nächsten Jahren und sage gerne mein Interesse an der Zusammenarbeit über den heutigen Tag hinaus zu.

Über den Autor

Günther H. Oettinger ist seit 2010 als EU-Kommissar für Energie das deutsche Mitglied der Europäischen Kommission. Zuvor war der CDU-Politiker und Jurist von 2005 bis 2010 Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

Kontakt: guenther.oettinger@ec.europa.eu

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf:

http://www.netzwerk-ebd.de/fileadmin/files_ebd/eu-in-brief/EBD_PUB_EU-in-BRIEF_09_2013.pdf



Impressum

EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.
ISSN-Nummer: 2191-8252

Zitier-Hinweise: Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Sophienstr. 28/29 | D-10178 Berlin
T +49 30 3036201-10 | F -19
info@netzwerk-ebd.de

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V. ist institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.